

# Niedersächsisches Bündnis gegen Straßenausbaubeiträge (NBgS)



## PRESSEMITTEILUNG

### Freigegeben zur sofortigen Veröffentlichung

Pressekontakt und V.i.S.d.P.:

Niels Finn c/o NBgS, Kirchenstrasse 12, 21256 Handeloh, 04188-fünfmaldievier83

(Hannover, 2. August 2018)

## **Demonstration zur Abschaffung der „Strabs“ in der Landeshauptstadt am 15.8.2018 – Bündnis ruft BI's zur Unterstützung auf**

Die Südstadt-Initiative aus Hannover hat für den 15.8.2018 ab 15 Uhr eine Demonstration vor dem Neuen Rathaus in Hannover angemeldet, bei der die gesammelten Unterschriften gegen die Straßenausbaubeiträge („Strabs“) an Repräsentanten der Stadtpolitik ausgehändigt werden sollen. Der Demonstration werden sich weitere Hannoveraner Initiativen anschließen, sodass ein gemeinsames Zeichen zur Abschaffung der „Strabs“ gesendet wird.

Hintergrund ist die Einbringung des Haushaltsentwurfs im Stadtrat der Landeshauptstadt in dessen Sitzung am Folgetag. Die Bürgerinitiativen verbinden mit ihrer gemeinsamen Aktion die begründete Hoffnung, dass mit einer großen Demonstration der Druck auf den Stadtrat erhöht werden kann, die ungerechte „Strabs“ in Hannover jetzt ersatzlos abzuschaffen.

Das Anliegen wird auch durch das „Niedersächsisches Bündnis gegen Straßenausbaubeiträge“ (NBgS) unterstützt: „Wir stehen im engem Kontakt und das Bündnis wird mit Vertretern aus dem Koordinationsteam vor Ort präsent sein. Wir rufen alle anderen im Bündnis organisierten Bürgerinitiativen auf, die Demonstration entweder vor Ort mit einer Delegation oder durch ein Grußwort zu unterstützen“, so NBgS-Sprecher Niels Finn. Der Aufruf wird auch auf der gemeinsamen Homepage des NBgS und in den sozialen Medien verbreitet.

„Dem Stadtrat in Hannover rufen wir zu: Setzen Sie ein Zeichen für Bürgernähe - schaffen Sie die Strabs jetzt ab!“, so Finn. „Es wird sehr deutlich werden, dass die Betroffenen ihre Vereinzelung in den Kommunen überwunden haben ist, und sich landesweit gegenseitig unterstützen“.

Der NBgS startet damit zugleich die angekündigte Vor-Ort-Unterstützung für Aktionen von Bürgerinitiativen vor Ort. „Wir zeigen uns überall im Land mit Betroffenen solidarisch. Mit der Abschaffung in der Landeshauptstadt hat der Stadtrat die Chance, ein deutliches Zeichen an die Bevölkerung in der Landeshauptstadt zu geben, zugleich aber auch ein kräftiges Signal an die Landespolitik“, sagt NBgS-Sprecher Niels Finn.

Im Vorfeld kommt vom NBgS auch in Richtung der Regierungskoalition aus SPD und CDU im Landtag Klartext: Das Bündnis verweist auf das aktuelle Schreiben an die Landesregierung. Außerdem wurde inzwischen zum zweiten landesweiten BI-Treffen eingeladen, das am 18. August ebenfalls in Hannover stattfinden wird.

Informationen dazu wurden jeweils auch auf der NBgS Homepage veröffentlicht.

Weitere Informationen zum NBgS unter <https://nbgs-strabsgegnerniedersachsen.jimdofree.com/>